NACHRICHTEN AG
Deutschland

11. Januar 2025

Briten setzen neues Gesetz gegen gefährliche Deepfakes in Kraft!

Großbritannien plant neue Gesetze gegen sexuelle Deepfakes ohne Einwilligung, um betroffene Personen besser zu schützen.

Kaufbeuren, Deutschland -

In Großbritannien nimmt die Diskussion über den Missbrauch von KI-generierten Inhalten, insbesondere in Form von sogenannten „Deepfakes“, an Intensität zu. Immer mehr Menschen sind Opfer von verletzenden und rufschädigenden Deepfakes, welche nicht nur in der politischen Berichterstattung, sondern auch im Alltag stark zunehmen. Besondere Besorgnis besteht über private Bildaufnahmen, die häufig in pornografische Inhalte eingefügt werden und den Schaden für die Betroffenen erheblich steigern.

Die britische Labour-Partei hat nun neue Schritte gegen „sexuell explizite“ Deepfakes eingeleitet. Das Justizministerium plant eine strafrechtliche Verfolgung von Personen, die realistisch wirkende, KI-generierte Inhalte mit sexuellem Bezug erstellen oder verbreiten. Ziel dieser Maßnahmen ist es, ein klares Zeichen gegen derartige Praktiken zu setzen und unmissverständlich klarzustellen, dass es keine Entschuldigung für die Erstellung solcher Inhalte ohne die Zustimmung der Betroffenen gibt. Mit der geplanten Gesetzesnovelle sollen diese Taten künftig in der Regel als Verbrechen eingestuft werden. Bereits seit 2015 ist die Veröffentlichung intimer Fotos oder Videos ohne Einwilligung, auch als Rachepornos bekannt,

strafbar. Allerdings gab es bisher keine rechtlichen Schritte gegen KI-generierte Fälschungen.

Strafen und steigende Fallzahlen

Mit den neuen Regelungen könnten Geld- und Gefängnisstrafen für die Täter:innen verbunden sein. Weitere Details zur neuen Straftat sollen zu gegebener Zeit bekannt gegeben werden. Diese Verschärfungen sind Teil eines umfassenden Gesetzesentwurfs zu Kriminalität und Polizeiarbeit, der bald ins Parlament eingebracht werden soll. Laut der britischen Racheporno-Hotline hat der bildbasierte Missbrauch durch Deepfakes seit 2017 um mehr als 400 Prozent zugenommen. Im vergangenen Jahr war die Vizepremierministerin Angela Rayner eine von mehr als 30 britischen Politikerinnen, die als Opfer von Deepfake-Pornos identifiziert wurden.

Die Missbrauchsproblematik wird von der Aktivistin Jess Davies als nationalen Notfall bezeichnet, der insbesondere Frauen und Mädchen nachhaltig schadet. Die Opferbeauftragte Alex Davies-Jones stellte fest, dass es inakzeptabel sei, dass jede dritte Frau Opfer von Online-Missbrauch geworden ist. Ergänzend zu den geplanten Maßnahmen in Großbritannien plant auch Deutschland ein härteres Vorgehen gegen Deepfakes. Ein Gesetzesantrag des Bundesrats sieht bis zu zwei Jahre Haft oder Geldstrafen für die Verbreitung von KI-generierten Medieninhalten vor, die Persönlichkeitsrechte verletzen, wobei schwerwiegende Fälle sogar mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden könnten.

Wie berichtet wurde, sehen auch Lehrer und Eltern große Risiken: 60 Prozent der Lehrer befürchten, dass Schüler in Deepfake-Skandale verwickelt sein könnten, während 73 Prozent der Eltern glauben, dass ihre Kinder nicht betroffen sind. Ein Beispiel für die weitreichenden Auswirkungen ist der Fall der nordirischen Politikerin Cara Hunter, die vor einer Wahl Gegenstand eines pornografischen Deepfake-Videos wurde, welches tausendfach über WhatsApp geteilt wurde. Hunter

wurde dadurch mit vulgären Nachrichten konfrontiert und sexuell belästigt.

Für weitere Informationen zu diesen Entwicklungen lesen Sie die Berichte von **watson.de** und **the-decoder.de**.

– Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Sexualdelikte
Ort	Kaufbeuren, Deutschland
Festnahmen	2
Quellen	• **nag-news.de** • **www.watson.de** • **the-decoder.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at